

## AUSBILDUNGS-PLATZABGABE:

### Zoff in der SPD

„Wahnsinnsbürokratiemechanismus.“ Peer Steinbrück, SPD, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, Die Welt, 20.04.2004

„Die Ausbildungsplatzumlage ist der falsche Weg. [...] Das führt nicht dazu, dass mehr Lehrstellen angeboten werden, das könnte sogar den genau gegenteiligen Effekt haben, denn die Ausbildungsplatzabgabe muss finanziert werden von Unternehmen. Diese Finanzierung wird letztlich dazu führen, dass weniger Stellen bereitgestellt werden.“ Wolfgang Wiegand, SPD, Vorsitzender des Rates der „Wirtschaftswissenschaften“, Deutschlandfunk, 20.04.2004

„Bürokratisch, schrecklich bürokratisch. Sie trifft beispielsweise Unternehmen, die auch nicht ausbilden können.“

Heide Simonis, SPD, schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin, SAT.1, 19.04.2004

„Es wird durch die Umlage keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz geben. Freiwilliges Engagement kommt sofort zum Erliegen und es ist der erste Schritt in den Einstieg, dass auch der Staat für die Berufsausbildung die Verantwortung übernimmt.“

Harald Schartau, SPD-Vorsitzender sowie Wirtschafts- und Arbeitsminister von NRW, ZDF, 18.04.2004

„Murkslösung.“

Hubert Ulrich, mittelstandspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, Der Tagesspiegel, 14.04.2004

„Einer bundesweiten Ausbildungsumlage kann und werde ich im Bundesrat nicht zustimmen.“

Kurt Beck, SPD, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, Bild am Sonntag, 04.04.2004



CDU-Landesvorsitzender Joachim Zeller

JOACHIM ZELLER - FORTSETZUNG VON SEITE 1

# Schwerste Senatskrise

aus den Vorgängen um Filz, Begünstigung Einzelner und Spendenumpf der letzten Wochen und damit

offenbare zudem in erschreckender Weise die Führungsschwäche des Regierenden Bürgermeisters und die Handlungsunfähigkeit des Wowereit-Senats.

Joachim Zeller: „Wowereit war und ist in der Verantwortung für die Vorgänge, die Peter Strieder zu seinem Zeitlupen-Rücktritt bewogen haben. Die Sache ist damit keinesfalls abgeschlossen

sen. Nach wie vor wird gegen Senatsmitglieder staatsanwaltlich ermittelt, Strieder hat seinen Hut genommen, PDS-Senatoren sind ohne Mehrheit in der eigenen Partei, Wowereit macht Urlaub - dieser Senat ist in seiner schwersten Krise und die gebeutelte Stadt ohne politische Führung. Rot-Rot ist vor dem Ende - der Ruf nach Neuwahlen wird lauter.“

Strieder habe in der ihm eigenen Selbstüberschätzung viel zu spät die persönlichen Konsequenzen

dem Ansehen der Berliner Politik insgesamt und bundesweit geschadet. Der Gesamtvorgang

## Fortsetzung von Seite 1: Untersuchungsausschuss

Aber: Diese Senatskrise ist gleichzeitig eine Regierungskrise des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit. Strieders Rücktritt ist ein Schuldeingeständnis, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Auch nach seinem Rücktritt hat er unserer Stadt eine schwere Hypothek hinterlassen. Die rot-rote Koalition war seine Idee. Der großartig angekündigte Mentalitätswechsel – ein Produkt des Führungsduos Wowereit/Strieder. Doch was ist nach Strieders kleinlautem Abgang übriggeblieben? Ein fahler Beigeschmack von Genossen-Filz, Vetternwirtschaft und Spendenaffären. Strieder ist nun von der politischen Bühne abgetreten. Aber Klaus Wowereit ist noch in der Pflicht.

Der Regierende Bürgermeister muss endlich Führung zeigen. Wenn er dazu nicht in der Lage ist, sollte dieser Senat die Konsequenzen ziehen – und geschlossen zurücktreten. Der Schnellschuss Wowereits, mit der Nachfolge auf dem Posten des zurückgetretenen `Supersensors´ Strieder, die Staatssekretärin Junge-Reyer zu betrauen, ist eine reine Notlösung. Hier hätte Wowereit einen Befreiungsschlag mit zukunftsweisender Richtung vornehmen können, in dem er anstelle dieser Hauslösung für die Besetzung des Superressorts Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr einen externen Kandidaten gesucht hätte.

Berlin hätte, nachdem in den vergangenen Monaten die-



Postkarte der CDU-Fraktion zum Thema

ses Ressort nur noch durch die Querelen um den Chef gelähmt war, frischen Wind gebraucht. Frau Junge-Reyer muss zunächst zeigen, ob sie fachlich in der Lage ist, das Amt auszufüllen. Und noch eines ist klar: Die Arbeit des Untersuchungsausschusses zum Tempodrom und die SPD-Spendenpraxis beginnt gerade erst. Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiterhin gegen führende Mitglieder des Senats. Und auch die

Hintergründe der dubiosen SPD-Spenden sind offenbar noch lange nicht geklärt. Die gegen führende SPD-Mitglieder gerichteten Vorwürfe müssen mittels des bereits eingesetzten U-Ausschusses aufgeklärt werden. Am Ende wird sich zeigen, inwieweit die SPD wirklich bereit ist, ihren eigenen Worten Taten folgen zu lassen: Ein Mentalitätswechsel in Berlin - ohne Filz und Vetternwirtschaft.

Nicolas Zimmer

### FORTSETZUNG VON SEITE 1

## Ausbildungsplatzabgabe

Das SPD-Vorhaben schaffe nur neue Belastungen insbesondere für Mittelständler, die unter der Politik von Rot-Grün schon genug zu leiden haben, so die CDU-Politiker. Es sei ökonomischer Unfug, mit immer neuen Steuern und Abgaben Unternehmen zu mehr Ausbildungsplätzen bewegen zu wollen.

Die Politik dieser Bundesregierung führe dazu, dass jede Viertelstunde ein Unternehmen in Deutschland dicht machen muss - mit der schlimmen Folge, dass auch Ausbildungsplätze wegfallen. Statt mit symbolischer

Politik die SPD-Linke zu befriedigen, betont der CDU-Generalsekretär Meyer, sollte die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien endlich auf eine Politik für mehr Wachstum setzen. Das wäre der wirksamste Weg zu mehr Ausbildungsplätzen.

Edeltraut Töpfer nennt Zahlen zu dem was sie „Bürokratiemonster“ nennt. Die Ausbildungsplatzabgabe schaffe einen enormen Verwaltungsaufwand und damit verbundene unnötige Kosten, die mit bis zu 70 Mio. Euro beziffert worden seien. Man rechne mit bis zu 1000 Beamten.

Advertisement for SAFETY services including fire protection, alarm, and security. Text: SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ, SAFETY, OBERSCHUTZ, REVIERKONTROLLE, VERANSTALTUNGSDIENST, ALARMZENTRALE, ALARMVERFOLGUNG, ARBEITS SICHERHEIT, KURIERDIENST, GLAS- UND GEBÄUDEREINIGUNG, ERRICHTUNG VON SICHERUNGS- UND RAUMSCHUTZANLAGEN. Safety Unternehmensschutz GmbH, Straßauer Allee 35, 10245 Berlin, Tel.: 0 30/29 33 94-0, Fax: 0 30/29 33 94-11

IMPRESSUM: HERAUSGEBER UND VERLAG Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und Werbe-gesellschaft mbH (bpi) Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin Tel.: (030) 20 64 16-0 • Fax: (030) 20 64 16-66. CHEFREDAKTEUR Matthias Wambach. REDAKTION Dirk Reitze, Christian Goiny. ANZEIGEN Alexander Göbel. BANKVERBINDUNG Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400 BLZ 100 700 00. DRUCK Union Druckerei Berlin GmbH Storkower Str. 127a • 10407 Berlin. Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.